

Deutschland muss das Momentum für eine glaubwürdige europäische Verteidigung nutzen

Von Roderich Kiesewetter

Das von der vergangenen Bundesregierung im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016 gesetzte Ziel einer „Europäischen Verteidigungsunion“ ist aus zwei Gründen eine besondere Herausforderung. Erstens, weil das Gründungsprinzip der Europäischen Gemeinschaft der Frieden im Inneren war und das Vertrauen untereinander. Die Handlungsfähigkeit nach Außen ist also eine Aufgabe, welche die EU grundsätzlich herausfordert. Denn damit ist zweitens verbunden, dass die Mitgliedstaaten auf Souveränität in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verzichten – nicht nur enger koordinierte Rüstungsplanung und -beschaffung betreiben, sondern ebenso die rasche Verfügbarkeit von Fähigkeiten langfristig gar unter gemeinsamer Führung bewerkstelligen. Eine Vergemein-

schaffung als Ziel deutscher Verteidigungspolitik steht dem Prinzip der raschen Aufstellung von Fähigkeiten im bilateralen Rahmen wie der von Frankreich angestrebten Europäischen Interventionsarmee (EII) entgegen, das sich vor allem die Möglichkeit offen hält, im bi-/multilateralen Format in der EU und im Rahmen der Nato Verteidigungskapazitäten aufzubauen.

Strategiebildungsprozess konsequent fortsetzen

Frankreich und Deutschland können nur abgestimmt der Motor für die EU sein. Beide haben nun die sogenannte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) zum Leben erweckt. Die Mitgliedstaaten erkennen damit an, dass die Fragmentierung der Rüstungsindustrie zu teuren Beschaffungsprozessen führt, die Reduzierung

von Typen der verschiedenen Teilstreitkräfte die nahtlose Zusammenarbeit besser fördert und unnötige Duplizierung von Fähigkeiten Kosten spart. Jedoch führt das noch nicht automatisch zu einer gesteigerten Handlungsfähigkeit nach außen.

Dies gelingt nur, wenn Deutschland bereit ist, sich substantziell in Einsätze einzubringen. Damit signalisiert es den anderen Partnern, dass gemeinsame Interessen der EU auch durch große Partner mit „harten“ Beiträgen der Großen unterlegt werden. Das steigert die erforderliche Glaubwürdigkeit des proklamierten Ziels einer „Europäischen Verteidigungsunion“. Deutschland muss deshalb insbesondere auch auf nationaler Ebene definieren, welche Verteidigungsprojekte mit Partnern auf den Pfad der Vergemeinschaftung zu bringen sind. Die Definition von Interessen im Weißbuch und die Identifikation der Kernaufgaben muss nun also



Deutsches Militärfahrzeug vor dem Kfor-Hauptquartier. Der CDU-Parlamentarier Kiesewetter regt ein zentrales zivil-militärisches EU-Hauptquartier für die gesamte Region an.



Foto: Getty Images

Rauchschwaden beim Vormarsch von libyschen Rebellen in der Region um Sirte. Die Europäische Union sollte sich auf den Wiederaufbau Libyens konzentrieren, meint Roderich Kiesewetter.

durch das Ausbuchstabieren notwendiger, fehlender Fähigkeiten vervollständigt werden, die für das Erreichen bestimmter Ziele wie der Stabilisierung des südlichen Umfelds Europas notwendig sind.

Bilaterale Initiativen als Treiber für eine gemeinsame strategische Kultur

Das Ziel der Integration muss somit offen und ehrlich kommuniziert werden. Gleichzeitig sollten aber auch Frankreich und Deutschland gemeinsam vorangehen, um ambitionierte Projekte im bilateralen Format anzugehen. Dies ist ein Spagat, da der exklusive französische Ansatz eher Koalitionen der Willigen fördert als ein EU-einheitliches Vorgehen. Deshalb muss das diplomatische Engagement darauf abzielen, solche Initiativen in die Ausgestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einzubetten und so größere Stahlkraft auf andere Mitgliedstaaten zu entwickeln. Durch substanzielle Beiträge der Großen steigen die Glaubwürdigkeit und der Mehrwert für die Kleinen, woraus auch eine gemeinsame strategische Kultur erwachsen sollte.

Einsatzszenarios definieren

Mit der Globalen Strategie der EU 2016 ist ein Anfang gemacht. Jedoch fehlte es trotz enger Abstimmung unter den Mitgliedstaaten und Widerspiegelung europäischer Interessen im deutschen Weißbuch an der Identifizierung notwendiger Instrumente. Durch die koordinierte jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD) und den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) sind Lücken zu schließen, um den selbst gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Zurecht wird deshalb an dieser Stelle von Experten darauf hingewiesen, dass die ehemals von der EU definierten Aufgaben wie Krisenmanagement und Konfliktbeilegung von 1992 in den Petersberger Aufgaben sich nur unzureichend in den jetzt beschlossenen SSZ-Projekten widerspiegeln. Von einem Rückschritt zu sprechen, ist jedoch verfrüht – es kommt darauf an, die Fähigkeiten zu bilden, welche den wirklich vorrangigen Aufga-

ben gerecht werden. Deshalb sollen hier ein paar Beispiele genannt werden:

1. Mit dem andauernden Konflikt in Libyen ist ein wichtiger Schlüsselstaat im Umfeld der EU weiter ein hoher Bedrohungsfaktor – aus migrations-, sicherheits- und geopolitischer Sicht. Die EU muss mittelfristig zum staatlichen Wiederaufbau und zur Entwaffnung der Milizen beitragen. Zivil-militärische Fähigkeiten sind also gefragt, die auch gemeinsam geführt werden und auf gemeinsamer Logistik, Einsatzregeln und Aufgabenzuweisung beruhen.
2. Mali ist ein Musterbeispiel dafür, wie gemeinsam beschaffte und eingesetzte Hubschrauber für zuverlässige Kampfunterstützung aus der Luft eine engere Verzahnung der Missionen am Boden für mehr Beweglichkeit des europäischen Engagements verstärken könnten. Hinzu kommen „weiche“ Fähigkeiten wie gemeinsamer Lagebildaustausch, interoperable Kommunikationstechnik und Satellitenaufklärung. Komplementär hierzu sind Kernfähigkeiten bei der raschen Reaktionsfähigkeit. Die EII, abgestimmt in der GASP, ist dafür heranzuziehen und zu verwirklichen.
3. Strategisch zentral ist weiterhin der Balkan – ein Zerfall und Aufbrechen ethnischer Spannungen kann sich die EU nicht leisten. Deshalb würde ein substanzieller Beitrag darin bestehen, aus den bestehenden Kfor und EUfor Missionen ein regionales, zivil-militärisches EU-Hauptquartier zu gründen. Dieses könnte der gemeinsamen, länderübergreifenden Friedensüberwachung, Katastrophenvorsorge und Ausbildung dienen.
4. Eng verbunden mit den zuvor genannten Beispielen ist grundsätzlich die Stabilisierung von Partnerstaaten. Die europäische Ertüchtigungsinitiative muss durch Deutschland vorangetrieben werden, um demokratisch kontrollierte Sicherheitssektorreformen durchführen zu können. Als ehemalige Kolonialmacht hat Frankreich auf Tunesien und Marokko wie auch auf Algerien erheblichen Einfluss. Deutschland

hat sein Engagement dort ebenfalls intensiviert und gilt als verlässlicher Partner. Ertüchtigung muss eng mit Training für Sicherheitskräfte und Governance-Reformen verknüpft werden. Hierzu sind gemeinsame Missionen und eine Koordinierung des Engagements innerhalb der GASP sinnvoll. Die enge Kopplung ziviler Fähigkeiten in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist deshalb ebenso erforderlich und sollte auch das entwicklungspolitische Engagement einbeziehen. Beschäftigungsförderung durch ein abgestimmtes Konzept der Entwicklungsorganisationen wäre eine Säule dieses Vorgehens.

Fazit: Glaubwürdig und rasch einsetzbar

Eine wirklich gemeinsame europäische Verteidigung hängt davon ab, dass sich Deutschland mit Frankreich anhand gemeinsam definierter Interessen auf zu schließende Fähigkeitslücken einigen. Das erfordert die umfängliche Nutzung und Befähigung der Europäischen Verteidigungsagentur, der von ihr koordinierten CARD und des EDF. Die Zielsetzung muss klar sein: Wollen wir Einsätze im EU-Rahmen unter gemeinsamer Planung und operativer Führung von Fähigkeiten unterstützen? Deutschland sollte für die Bildung glaubwürdiger Beiträge der EU im Bereich Friedenskonsolidierung und Ertüchtigung von Partnerstaaten das Momentum nutzen, um Frankreich zu einer gemeinsamen strategischen Planung zu bewegen. Aber es sind auch unbequeme Fragen zu stellen: Inwieweit ist unser Parlamentsbeteiligungsgesetz damit überhaupt kompatibel? Bei einer stärkeren europäischen Integration im Verteidigungsbereich ist ein angepasstes Gesetz die logische Konsequenz.

Damit die SSZ die EU nicht in eine Pfadabhängigkeit bewegt, nur kleinste Nischenprojekte zu beschließen, muss mit Frankreich ein gemeinsamer Weg etwa für eine schlagkräftige Eingreiftruppe gefunden werden. Dringender Auftrag ist, diese Hürden zu überwinden – denn nur so kann das gegenseitige Vertrauen der EU-Mitglieder ineinander gefestigt und auch ein europäischer Beitrag zur transatlantischen Abschreckung geleistet werden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter ist unter anderem Obmann seiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss.



Foto: Bundestag/von Saldern

Roderich Kiesewetter